

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

251 (27.10.1906) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.10 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Rutenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsbesprechung: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 Uhr.

Nr. 251.

Erstes Blatt.

Karlsruhe, Samstag den 27. Oktober 1906.

26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfasst mit dem Unterhaltungsblatt 3 Blätter mit zusammen 10 Seiten.

Der Roman befindet sich im zweiten Blatt.

Der neue Leiter unserer Staatsfinanzen,

Herr H. Honseil, hat dem Karlsruher Korrespondenten des Schwäb. Merkur und der Frankf. Ztg. gegenüber sein Erstaunen darüber geäußert, daß man in Arbeiterkreisen so gegen ihn aufgehetzt sei. Er habe sich als Techniker immer sehr gut mit den Verhältnissen verstanden, auch in schwierigen Streitverhältnissen.

Das glauben wir Herrn Honseil aus Wort. Die Arbeiter sind auch gegen den Techniker Honseil nicht aufgehetzt, sondern gegen den Politiker Honseil, dessen Auftreten in der ersten Kammer in Sachen der Arbeiter- und Beamtenpetitionen schon vor zwei Jahren und auch in diesem Jahre wieder den lebhaftesten Anstoß der Beamten und Arbeiter hervorgerufen hat. Bei den Arbeitern hat insbesondere die Rede große Zustimmung hervorgerufen, die Herr Honseil vor zwei Jahren gelegentlich der Beratung des Eisenbahnbudgets in der ersten Kammer gehalten hat. Herr Honseil hat damals den Personalanstand als den lebenswichtigsten Punkt in den Ausgaben des Eisenbahnbudgets bezeichnet. Wenn man sehe — so führte er damals an —, was für die Arbeiter und unteren Beamten geschehe, dann müsse man fragen, ob es notwendig sei, daß wir in Baden unsere Arbeiter und Beamten bei der Eisenbahn besser bezahle, als andere Staaten.

Eben diese Anmerkungen mußten nach Lage der Sache die Aufmerksamkeit hervorrufen, denn daß bei einem Unternehmern, das sich so kritisch, wie unsere Eisenbahnen, der Personalanstand wichtig ist, doch ganz selbstverständlich. Tatsache ist ferner, daß die Eisenbahnbeamten in Anbetracht ihres viel anstrengenderen Dienstes schlechter bezahlt sind als die der anderen Beamten. Tatsache ist auch, daß die Eisenbahner mit ihren Familien von einem Landtag auf den andern mit „Wohlwollen“ abgespritzt wurden, während Beamten in den höheren Stellen Dienstzulagen gewährt wurden.

Das Herr Honseil aber und zwar mit Recht ganz besonders verurteilt wurde, das war seine Schärfe und Herbe gegen die Beamtenvereine und gegen den Eisenbahnerverband. Er sagte damals:

Die Beamtenvereine, die gegründet wurden, haben keinen andern Zweck, als Vorzüge an den Landtagen wegen Gehaltsaufbesserungen zu machen. Ist das notwendig, dann ist die Tätigkeit dieser Vereine wieder auf zwei Jahre erschöpft. Es ist das ein unerwünschter Zustand, auch vom Standpunkte der Beamten selbst. Wenn es richtig ist, daß ein Beamtenverein sich dem Gewerkschaftscharakter, das unter politischen und sozialdemokratischem Einfluß steht, angeheftet hat, so wäre das bedauerlich. Wir müssen den Wunsch haben, daß bei der Bezahlung der Arbeiter und unteren Beamten die Grenze eingehalten wird, die andere Staatsbeamten einhalten.

Herr Honseil wünscht also nur für die Arbeiter und unteren Beamten die „Einhaltung der Grenzen“ hinsichtlich der Bezahlung. Das den höheren Beamten in Form von Dienst- und Stellungzulagen der Gehalt zu erhöhen, d. h. die übliche Grenze überschritten zu lassen, dagegen hatte er nichts einzuwenden. Bezog Herr Honseil doch selbst Lebensgehälter in Höhe von 12,000 und unteren Beamten der Eisenbahn in ebenso glücklicher Lage, dann hätten sie keine Vereine gegründet und Petitionen an den Landtag gerichtet. Die Rede von Herrn Honseil war in aller Form eine Schamhänderei gegen die Beamten und die Arbeiter und er braucht sich deshalb gar nicht darüber zu verwirren, wenn gerade die Arbeiter und unteren Beamten gegen ihn aufgehetzt sind.

Dieses Jahr hat Herr Honseil allerdings die Arbeiter in dem Spiel gelassen und sich nur gegen die „Mittelschichten“ der Beamten gewendet. Aber warum? Warum die Beamten solche Manifestationen verurteilt? Herr Honseil lese doch einmal den scheinbar unerschütterlichen Bericht über die dort gehaltenen Neben und Hauptversammlungen, warum die Beamten sich dazu entschlossen haben. Der Staat ist einer der schlechtesten Arbeitgeber, er beutet, namentlich bei der Eisenbahn, die Arbeitskraft in einer Weise aus, die in der Geschichte eingeschritten würde, wenn es nicht um Privatbetriebe handelte. Wir erinnern uns an das Kapitel Dienst- und Ruhegehalt beim Eisenbahnbetrieb. Da herrschen noch geradezu stalinische Verhältnisse. 12, 13, 14—16-jährige Arbeitszeit. Und die Bezahlung gerade bei den unteren Beamten. Für Arbeiter werden teilweise noch höhere Gehälter, mit welchen man menschenwürdig einfach leben kann. Heute mit 2,50—3,00 M. eine Familie von 4—5 Personen zu ernähren, ist einfach nicht möglich. Das alles sollen die Arbeiter und unteren Beamten erdulden, bis die Eisenbahnbureauführung, die die höheren Beamten fort und fort Dienst- und Stellungzulagen gewährt, sich eines besseren bewußt hat. Es war höchste Zeit, daß den Verhältnissen Generaldirektion einmal zu Gemüte geführt wird, daß es so nicht weitergehen darf. Wir haben schon herangezogen, daß mit dem, was beim Eisenbahnbetrieb im übrigen so viel ausgegeben wird, ein Teil der Wünsche der Eisenbahner längst hätte befriedigt werden können. Herr Honseil lese die Rede von Herrn Honseil über das Lohn- und Akkord-

system bei den Werkstättenarbeitern und er wird zu geben, daß, wenn hier Ordnung geschaffen worden wäre, auch den Wünschen und Forderungen der Arbeiter hätte Rechnung getragen werden können. So darf und kann kein Privatunternehmer wirtschaften, wenn er nicht dem Dankerott entgegengehen will. Da werden in der Generaldirektion Verfügungen über die Lohnverhältnisse getroffen, ohne daß die Herren auch nur die blasseste Ahnung von den Zuständen haben, die hinsichtlich der Lohnbezahlung in den Werkstätten herrschen. Und die Arbeiter fragt man nicht, sie haben ja in solchen Dingen nichts mitzureden. Sollen denn die Arbeiter und Beamten immer dafür büßen, wenn die höhere Bureauführung ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen ist?

Herr Honseil vertritt die Durchführung der Revision des Gehaltsstarifs. Er weiß aber, daß das große Schwierigkeiten hat. Ohne Steuererhöhung geht dabei nicht ab, ohne empfindliche Steuererhöhung nicht, wenn an dem bisherigen System der Finanzpolitik festgehalten wird. Diese Finanzpolitik ist auf die Laune einfach nicht durchführbar, denn sie führt letzten Endes zur Verstopfung der Quellen, aus welchen der Staat seine Mittel schöpfen muß. Der Staat hat in noch höherem Maße als die Städte die Aufgabe, alles was geeignet ist, die Steuerkraft des Volkes zu heben, zu fördern. Das haben die Städte getan und der Staat kann ihnen dafür dankbar sein, denn hätten die Städte dieselbe volkswirtschaftlich so irrationale und engherzige Finanzpolitik befolgt, wie der Staat, dann könnten die Städte steuerlich das nicht leisten, was sie heute in steigendem Maße fertig bringen. Auf allen Gebieten sind die Städte dem Staat voraus, ohne daß sie die Steuerlast schraube fort und fort anzuziehen brauchen, wie der Staat im Gegenteil, trotz ganz bedeutender Unternehmungen, die viele Millionen verschlingen haben, konnten die Städte ohne oder mit nur geringen Umlageerhöhungen durchkommen. Man kann sagen, je weitfichtiger eine Stadtverwaltung in volkswirtschaftlicher Beziehung ist, um so größer ist ihre steuerliche Leistungsfähigkeit.

Was haben die Städte auf dem Gebiete des Schulwesens gegenüber dem Staat geleistet, der in geradezu beschämender Weise die Volksschulen hat herunterkommen lassen.

Auf dem Gebiete der Hygiene, der Kanalisation, der Armenpflege haben die Städte Aufgaben gelöst, die zu lösen absolut unmöglich gewesen wäre, hätten sie die „sparsame“ Finanzpolitik befolgt, die im badischen Staat als die einzig richtige gilt, die aber diesen Staat mit jedem Jahre weniger in die Lage bringt, den an ihn herantrübenden Aufgaben gerecht zu werden. Noch ist die Art, wie die Städte die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter geregelt haben, nicht vorbildlich. Aber dem Staat sind die Städte auch in dieser Beziehung weit voraus.

Wir der heutigen Finanzpolitik lebt der Staat von der Hand in den Mund“. Er kann größere Aufgaben — und solche liegen ihm bevor — gar nicht lösen, ohne daß er die Steuerlast schraube ganz gehörig anzieht. Geschichte des zur Erhöhung der Beamtengehälter, so ruft das naturgemäß große Unzufriedenheit bei den anderen Schichten der Bevölkerung hervor. Der Staat kann aber mit der jetzigen Finanzpolitik nichts anderes machen. So wird durch dieselbe ein Mißverhältnis in der Bevölkerung, ein Mißverhältnis gegen die Beamten hervorgerufen, das man in den Städten, trotzdem dort die Beamten besser bezahlt werden als beim Staat, zu vermeiden verstanden hat.

Je mehr die Steuerlast angezogen wird, desto mehr verpersönlicht sich der Staat den Arbeitern, wenn er die großen sozialen, wirtschaftlichen und vor allem auch kulturellen Aufgaben lösen will, die ihm bevorstehen, die fortgesetzt wachsen und um deren Lösung er nicht herumkommen kann. Ein Geschäftsmann, der nur deshalb seinen Betrieb nicht erweitert und vergrößert, weil ihm die Vermittlung dazu fehlen, der aber die Mittel haben könnte, würde allgemein als schlechter Wegner und Geschäftsmann angesehen und das mit Recht. Ein Finanzminister, der sich der Lösung dringender und volkswirtschaftlich ergiebiger Aufgaben entzieht, nur weil er Angst vor der „Ansehenspolitik“ hat, ist ein ebenso schlechter Wegner. Kein Mensch verlangt Ansehen zur Verbesserung der Beamtengehälter, der Lehrergehälter usw. Aber wenn die Tausenden Mittel nicht ausreichen, um die Unternehmungen finanziell zu befriedigen, die Generationen zugute kommen, dann bleibt eben nichts anderes übrig, als solche Unternehmungen (große Staatsbauten, Rheinregulierung, Anlage von Wasserkräften, Lehrerseminare usw.) aus Ansehensmitteln zu befriedigen, was das die Städte auch getan haben und zwar mit glänzendem Erfolg, die weil der badische Staat trotz seiner „Sparpolitik“ nicht einmal genügend Lehrer- und Lehrerseminare hat, von allem andern zu schweigen.

Wir bekämpfen diese „Sparpolitik“, weil es gerade die unteren Volksschichten sind, die den größten Schaden davon haben, weil die Volkswirtschaft und die Kultur in ihrer Entwicklung dadurch gehemmt werden. Die Tatsachen sprechen deutlich und lauter, als alle theoretischen Erörterungen. Die Tatsachen aber geben uns recht.

Wenn wir dem neuen Präsidenten des Finanzministeriums sehr skeptisch gegenüberstehen, so haben wir unsere guten Gründe. Sollten wir uns in dem Finanzminister Herr Honseil getäuscht haben, so würde uns das nur freuen. Nach allem was wir aber bisher von ihm gehört haben und dazu gehören auch seine Gespräche mit den Korrespondenten des Schwäb. Merkur und der Frankf. Ztg., konnten wir dem neuen Finanzminister nicht mit Vertrauen entgegenkommen.

Badische Politik.

Eine angenehme Stellung

Im badischen Staatsdienst hat, wie man uns schreibt, die „Ober-Bergbehörde“ die von 2, soz. zwei hochbegabten Beamten, einem Bergmeister und einem wirklichen „Geheimen“ Oberbergamt (11) versehen wird. Bei der großen Aufgabe der badischen Bergwerke sind die Herren natürlich „ungeheuer“ beschäftigt. Haben sie doch zwei — sage und schreibe zwei ihnen unterstellte Bergwerke zu kontrollieren. Namentlich der „Geheimen Ober“ ist ein viel zu sehr in Anspruch genommener Herr, der sich seiner Würde und der auf ihm lastenden Verantwortung, welche der unter seiner Verwaltung so emporblühende badische Bergbau genommen hat, voll und ganz bewußt ist. Seinen „Geheimen“ hat er offenbar dem geheimen Kisten, wo er so oft und gerne weilt, zu verdanken. Warum hat man bei dem Mangel an geeigneten Technikern — wenn es einer sein mußte — nicht diesen Herrn zum Finanzminister gemacht? Als ehemaliger Salinenmeister hätte er sich für diesen Posten ebenso gut geeignet und dabei in seinem Ressort keine Rinde zermulden lassen. Nachdem aber an diesen Herrn offenbar niemand gedacht hat, dürfte es sich empfehlen, zumal, wenn der neue Finanzminister sparen will, dem Herrn für die zahlreichen Freistunden, die ihm sein jetziger Beruf läßt, Beschäftigung zu geben. An Gelegenheit dazu dürfte es kaum fehlen. Wenn schon gespart werden muß, dann spare man dort, wo man es kann, ohne daß die Volkswirtschaft und das Wohl des Staates und des Volkes darunter leiden.

Zum Sparhaken bei der Eisenbahn

Man hat uns aus Willingen: Wie bekannt, existieren bei der groß. bad. Staats-Eisenbahn keine müßer-gültigen Verhältnisse und sind auch auf dieser Station recht bedauerliche Zustände anzutreffen, denn das Sparsystem scheint auch hier eine große Rolle zu spielen. Nicht nur die Lohnverhältnisse sind bei den unteren Angestellten keine glänzenden, sondern auch die Arbeitszeit übersteigt diejenige in Privatbetrieben sehr wesentlich. So beträgt z. B. die Arbeitszeit bei den Weichenwärtlern täglich 11—12 Stunden ohne Pause, namentlich Sonntags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends, so daß diese zum Teil sehr mühsamen, nur das Mittagessen einzunehmen. Am folgenden Tag dauert sie sodann von 4 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und von 8 Uhr abends bis 4 Uhr früh usw. Daß ein derartiger Dienst die Angestellten mühsam macht, ist leicht begreiflich, zumal dieselben auch noch schlecht honoriert werden. Die Vorgesetzten haben vielleicht täglich 6—8 Stunden in ihren Büros und beziehen das dreifache Gehalt. Daß ein derartiges Sparsystem einmal schlimme Folgen zeitigt, wurde in diesem Blatte schon oft betont und wäre die Verbesserung der Lage der unteren Angestellten sehr am Platze, wenn der Eisenbahnbetrieb als müßer-gültig bezeichnet werden soll. Mögen die Eisenbahner aber auch den Volksfreund durch ihr Abkommen unterstützen, denn nur dieser hat den Mut, für ihre berechtigten Interessen einzutreten.

Stärke und Staat

Beziehen sich in einer solidarischen Vereinigung als Interessenten an dem Anglistenfall, von welchem die Presse aus Zell bei Offenburg berichtet. Der von der Gemeinde als Strafgenosse angestellte Joseph Gahn wurde auch für den offiziellen Völkerschuh an staatspolitischen und kirchlich-katholischen Festlichkeiten verwendet und bekam dafür einen Jahresbetrag vom Bürgermeisterrat ausbezahlt. Das Anglist, welches die Erblichung Gahns zur Folge hatte, erregte sich beim Völkerschuh an Fronleichnamfest, also bei einer kirchlichen Feier. Die Frage, wie nun für die Folgen haftbar ist, die bürgerliche oder die kirchliche Gemeinde, ist theoretisch interessant. In der Praxis kommt es darauf hinaus, daß beide Teile für nichts aufkommen und die Schuld auf eine Unvorsichtigkeit des Verletzten abladen wollen. Der letztere behauptet, die Völkerschuh seien schon lange besetzt gewesen, worauf er die Gemeinde pflichtschuldigst hingewiesen habe.

Nun kommt die Hauptfrage! Nach ob der Gastpflicht fertig gestellt ist, verfährt der Zeller Gemeinderat über die Familie Gahn nach dem Erblichen Opfer, das in ein Mindestmaß verbracht wird. Die Frau mit den Kindern soll heraus aus ihrer Wohnung ins Armenhaus bzw. die kleinen Kinder sollen der Mutter zwangsweise weggenommen werden, damit die Erzieherin in den Tagelohn gehen und Geld verdienen kann, da der blinde Vater nicht mehr arbeitet. Barmöglich soll die Mutter mit ihrem Fabrikverdienst auch noch die Gemeinde schadlos halten und, wenn die Sache mit den schadhafsten Völkern stimmt, das Geld für neue Fronleichnam- und Kaiserfeier-Geschäfte aufbringen? Oder nicht?

Es wäre doch eine sonderbare Auslegung unseres Rechtes, wenn ohne genaue Untersuchung des Falles die Familie Gahn zum Schaden auch noch die Zerstörung ihrer familiären Gemeinschaft über sich ergehen lassen müßte. Sonst sublimieren die Arbeiter unserer „göttlichen“ Weltordnung, daß die bösen Sozialdemokraten die Kinder von der Mutter reißen und in Kasernen erziehen lassen wollen. Hier sehen wir Staat und Kirche in herrlicher Harmonie, sich zu salbieren. Wie verhält sich denn das Bezirksamt zu diesem Streit um die Verantwortung?

Dem Badischen Beobachter zur Beachtung empfohlen. In Aßen und Umgebung hat der in ultranationalen Harnwasser schwimmende Rheinische Bauernverein, der übrigens mehr als 50 000 Mitglieder zählt, eine horrenden Milchverwertung ins Werk gesetzt. Die enorm hohen Preise, Gemüse- und sonstigen Preise für ihre Produkte genügen den Agrariern an der deutschen Westgrenze nicht; sie verlangen nun auch noch trotz des heurigen Butterpreises erhöhte Milchpreise, und zwar 22 Pf.

für das Liter im Kleinverkauf. Daß die Verbraucher diesen hohen Preis nicht gutwillig zahlen würden, hat das schlechte Gewissen den frommen Herren gleich gesagt, und sie sind deshalb in einer Weise zu Werke gegangen, die den blutigsten Vorfängern Ehre machen könnte. Der Rheinische Bauernverein hat nämlich an seine milchproduzierenden Mitglieder ein geheimes Rundschreiben erlassen, in dem er genaue Anweisungen erteilt und an dessen Schluß es heißt:

„Die Milch ist zurzeit knapp, sehr knapp, und es ist notwendig, daß für unsere Milch Milchknapp bleibt. Wir ersuchen daher unsere Mitglieder, nur feinen Liter Milch mehr als bisher nach Aßen zu senden. Der beste Weg, den wir euch empfehlen können, ist der, kauft bis zum 1. November keine neuen Kühe.“

Was sagt denn der Bad. Beobachter zu diesen Manipulationen der „frommen“ rheinischen Zentrumsbauern? Bekanntlich hat die agrarische Zentralbehörde in Berlin ähnliche Manipulationen gemacht, um die Öffnung der Grenzen zu hintertreiben. Die Zentrumspresse aber behauptet kühn, die „gelegenen Löhne der Arbeiter sind die erste und hauptsächlichste Ursache der Lebensmittelverwertung“. Und die Zentrumsarbeiter stehen mit diesen unwürdigen Zentrumslebensmittelwuchsern an einem Strang.

„Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“

Eine mißglückte Zentrumsaktion.

Die Konstanzer Strafkammer lehnte den Antrag von 22 Zentrumsredakteuren auf Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den Staatsanwalt Jungmann wegen Verleumdung — es handelt sich um die von Jungmann in einer politischen Versammlung in Stodach gehaltene Rede — ab, da die Affirmativmajorität fehlte. Die Kläger haben die Kosten zu tragen. Die Verleumdung sollte in der Rede enthalten sein, welche Herr Staatsanwalt Jungmann auf dem Siegelbrett der Liberalen in Stodach gehalten hat.

Ob nun auch die Zentrumsredakteure „Kapitelkonferenzen“ abhalten und eine Protestbewegung inszenieren,

Deutsche Politik.

Nationalmiserables.

Der Bundesausführer der Nationalliberalen Partei des Großherzogtums Hessen wird scheinbar nach in kürzerer Frist zu einer besonderen Sitzung zusammenzutreten, um zu der Bestätigung des sozialdemokratischen Abgeordneten der Stadt Offenbach Stellung zu nehmen. Die nationalliberale Kammerfraktion wird wahrscheinlich sofort beim Zusammentritt der Kammer eine Interpellation über diese Sache an die Regierung richten.

Es ist wirklich eine liberale Partei, die sich dagegen auflehnt, daß der stärkste Teil der Bevölkerung, die Arbeiterklasse, zur Vertretung in der Verwaltung der Kommune zugelassen wird! Es ist wirklich der Liberalismus, der einen Fürsten dafür tadelt, daß er auch dem arbeitenden Volke sein Recht gewährt wissen möchte! Es ist wirklich schwer, über diesen „Liberalismus“ keine Satyre zu schreiben.

Robbielski-Tippelstirn

Ist noch immer Landwirtschaftsminister. Die Agrarier hoffen sogar, daß die sozialdemokratische Interpellation über die Fleischnot im Reichstag beantwortet wird. Das Berliner Tagblatt meint, für den Fall, daß Herr v. Robbielski bis zum 13. November nicht „verdurstet“ ist, wird er schließlich dem Reichstage noch einmal gegenüber zu treten wagen. Sein Erscheinen würde wahrscheinlich eine Szene provozieren, die selbst für einen Mann vorreflexion „Gesundheitszustand“ etwas zu stark wäre.

Das glauben wir auch. Der Reichstag würde sich selbst entwürdigen, wenn er sich einen solchen Mann gefallen ließe, dessen Anwesenheit und dessen Eingreifen in die Debatte die parlamentarische Verhandlung zu einer Farce erniedrigen muß.

Zentrumschwindelei.

Die in Arier versammelt gewesenen Delegierten der rheinischen Zentrumspartei nahmen eine Resolution an, in der die rheinischen Abgeordneten der Zentrumspartei aufgefordert werden, mit aller Entschiedenheit in der nächsten Landtagsession endlich auf die Befreiung des Dreiklassenwahlsystems hinzuwirken. — Fällt denen gar nicht ein! Mit der Befreiung des Dreiklassenwahlrechts würden sie ja für viele den Rest abgeben, auf dem sie sitzen. Die Resolution ist weiter nichts, als einer der vielen Kniffe, deren sich das Zentrum bedient, um den Massen Sand in die Augen zu streuen.

Der Bringenverfälscher.

Ueber das Gehalt des früheren stellvertretenden Nationaldirektors Erbringsen zu Koblenz. Langenburg ist im Frühjahr berichtet worden, daß der Erbring nicht nur das etatsmäßige Einkommen des Direktors der Kolonialverwaltung in Höhe von 20 000 Mark bestreite, sondern 24 000 Mark mehr, also ebensolch wie die Staatssekretäre. Die Nordd. Allg. Ztg. hat das zwar seinerzeit bemerkt, und ist auch später nicht verstummen wollenden Gerüchten gegenüber stets bei einer Ableugnung geblieben, ohne freilich abzugeben zu können. Jetzt gibt der Berliner Korrespondent der Münch. R. Nachr. folgende weitere Mitteilungen des bestätigenden Darstellers der Sache:

„Als der Erbring sein Amt antrat, war er des festen Ueberzeugung, daß der im Etat für 1906 neu geforderte Kosten eines Staatssekretärs der Kolonialverwaltung bewilligt werden und er dieses Amt erhalten würde. Diese Ueberzeugung wurde dann ja auch in den weitesten Kreisen geteilt, selbstverständlich an erster Stelle von der Reichsregierung. Daraufhin hat der Erbring seinen Versuch auf das Gehalt des Staatssekretärs erboten und diesen auch

Nur
3
age!
fdecken,
leder
ofen
farbig.
-Fahrer
Kehrer
abak
Erinnerung
Zähne
König.
Anseleber
ker
je
ffee
kao
orien
nkaffee
cherer

Die Festnahme.

2000 Angelegenheiten über verdächtige Personen...

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 27. Oktober. Versammlungen

finden in den nächsten Wochen wie folgt statt: Volksversammlung am 7. November...

Der Stadtrat hat recht.

wenn er den Gewerkschaften städtische Subvention verweigert.

In dem Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei...

Im Auslegen seid frisch und munter! Legt Ihr nicht aus, so legt Ihr unter.

Im Lande nur unter der Beamtenschaft verbreitet.

sonst dürften die Abonementen wenige Hundert sein, da der Abonementpreis ein hoher ist.

Achtung, Gewerbegerichtswähler!

Geht eure Anmeldung zur Wählerliste! Anmeldeformulare sind im Arbeitersekretariat...

Der Bund der technisch-industriellen Beamten

hat am 24. d. Mts. zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, zu welcher die Vertreter der verschiedenen technischen Berufe...

Die russische Revolution.

Die Regierung und die Außenministerien.

Die Monopolisierung des Inseratwesens.

Man schreibt uns: Es ist eine bekannte Tatsache, daß besonders in Baden...

Die Monopolisierung des Inseratwesens.

Man schreibt uns: Es ist eine bekannte Tatsache, daß besonders in Baden...

Die Monopolisierung des Inseratwesens.

Man schreibt uns: Es ist eine bekannte Tatsache, daß besonders in Baden...

Die Monopolisierung des Inseratwesens.

Man schreibt uns: Es ist eine bekannte Tatsache, daß besonders in Baden...

Die Monopolisierung des Inseratwesens.

Man schreibt uns: Es ist eine bekannte Tatsache, daß besonders in Baden...

Die Monopolisierung des Inseratwesens.

Man schreibt uns: Es ist eine bekannte Tatsache, daß besonders in Baden...

Die Monopolisierung des Inseratwesens.

Man schreibt uns: Es ist eine bekannte Tatsache, daß besonders in Baden...

Die Monopolisierung des Inseratwesens.

Man schreibt uns: Es ist eine bekannte Tatsache, daß besonders in Baden...

Die Monopolisierung des Inseratwesens.

Man schreibt uns: Es ist eine bekannte Tatsache, daß besonders in Baden...

Die Monopolisierung des Inseratwesens.

Man schreibt uns: Es ist eine bekannte Tatsache, daß besonders in Baden...

Die Monopolisierung des Inseratwesens.

Man schreibt uns: Es ist eine bekannte Tatsache, daß besonders in Baden...

Die Monopolisierung des Inseratwesens.

Man schreibt uns: Es ist eine bekannte Tatsache, daß besonders in Baden...

Die Festnahme.

2000 Angelegenheiten über verdächtige Personen...

Arbeiterfeste.

Der Gesamtverband Arbeiterbund in Karlsruhe...

Hus dem Reiche.

Landwirtschaften a. Nrh. 28. Okt. Der hiesige Geschäftsamt...

Letzte Post.

Zur Bergarbeiterbewegung. Essen a. Nrh. 28. Okt. Die Siebenerkommission...

Verbandszettel.

Karlsruhe. (Gesangverein Laßalla.) Aus Anlaß des Stiftungsfestes...

Verbandszettel.

Durlach. (Deutscher Holzarbeiter-Verband.) Am Montag den 20. d. M. nach Durlach...

Verbandszettel.

Bruchsal. Sonntag, den 28. d. Mts. Sonntag halb 10 Uhr...

Stadtgarten

(bezw. Festhalle)

Sonntag den 28. Oktober, nachmittags halb 4 Uhr

Konzert

veranstaltet von der gesamten Kapelle des
Badischen Pionier-Bataillons Nr. 14 aus Kehl.

Leitung: Kapellmeister Ernst Viertel.
Eintritt: (Abonnement 20 Pfg.,
Nichtabonnement 50 Pfg.,
Soldaten und Kinder je die Hälfte.)

Die Konzertabonnementskarten haben Gültigkeit.
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

Achtung! Gewerkschaftsmitglieder!

Am 5. November findet die Wahl zur

Generalversammlung der allgemeinen Ortskrankenkasse

statt. Wir richten an die Gewerkschaftsmitglieder die Aufforderung, in den Werkstätten und Fabriken eine energische Agitation für die Beteiligung an dieser Wahl zu entfalten. Wie man hört, wollen diesmal auch die „christlich“ organisierten Arbeiter sich an der Ortskrankenkassenwahl beteiligen, umso mehr gilt es für die Mitglieder der freien Gewerkschaften, auf dem Posten zu sein, und ihre Pflicht und Schuldigkeit zu erfüllen.

Die Kartellkommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.

Bureau: Markgrafenstr. 26 I. Telefon 2098. Geöffnet von vormittags 9 bis mittags 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr. Dienstags und Freitag bis abends 8 Uhr. Samstags mittags von 2 Uhr ab und Sonntags geschlossen.

Sonntag den 28. Oktober, vormittags punkt 10 Uhr in der
Restauration Mühlelein, Kaiserstraße 13

General-Versammlung

familtlicher im Bezirk Karlsruhe und Durlach beschäftigten

Giessereiarbeiter

Tagesordnung:

1. Bericht über den Verlauf der Giessereiarbeiterbewegung.
2. Bericht und Neuwahl der Agitationskommission.

Wollgütiges Erscheinen aller Kollegen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Krankenunterstützungskasse d. Schneider C. H.

(Zentral: Weisser Berg, Ludwigsplatz.)

Am Montag den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet unsere jährliche

Generalversammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Jahresbericht.
2. Bericht der Hauptkassa.
3. Abrechnung vom III. Quartal.
4. Neuwahl der Ortsverwaltung.
5. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

J. A. Peter Weck.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Pforzheim.

Grosse öffentl. Versammlung sämtlicher Schleifer Pforzheims

am Montag den 29. Oktober ds. Js., abends 6 Uhr im „Zitvill“.

Tagesordnung: 1. Die Veränderung der bisher bestehenden Wahlenzeit der Schleifer. Referent: Geschäftsführer J. A. D. 2. Die Diskussion und Beschlussfassung über die Wahlenzeit.

Um das Erscheinen sämtlicher Schleifer ersucht

Die Geschäftsleitung des D. M. V. Pforzheim.

Achtung! Mechaniker Pforzheims.

Grosse öffentliche Versammlung

aller in den Fabriken und in mechanischen Werkstätten beschäftigten Arbeiter

am Mittwoch den 31. Oktober, abends 6 Uhr im „Koffhäuser“.

Tagesordnung: 1. Haben die Abmachungen vom 20. August ds. Js. auch Geltung für die in den mechanischen Werkstätten beschäftigten Arbeiter? Referent: Geschäftsführer J. A. D. 2. Diskussion u. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen aller Mechaniker ersucht

Die Geschäftsleitung.

Deutscher Buchbinder-Verband

Zahlstelle Pforzheim.

Sonntag, 28. Oktober 1906, im Restaurant „Bürgerbräu“ (Goldner Böwe)

17. Stiftungsfest

bestehend in

Konzert, humor. Vorträgen, Gabenverlosung u. darauffolgendem Ball.

Festrede, gehalten vom Kollegen H. Dietrich, Schnittgart.

Eintritt 4 Pfg. Anfang 8 Uhr.

Hierzu laden wir unsere Mitglieder, sowie Freunde und Gönner unserer Sache höflichst ein.

Programme à 20 Pfg. sind bei den Haus- und Werkstättenkassierern erhältlich.

Die Ortsverwaltung.

Eine tüchtige

Strickerin

wird gesucht.

L. & S. Dreyfuss,

Kriegstraße 8, 8a Kronenstr.

Naturkühnheit 10 Pfd. 4.00
Blumenhonig 10 Pfd. 4.80
Dose 4.80; Esterlöse vollwertig 10 Pfd. 4.10
Stoll 10 Pfd. 1/2 Butter u. 1/2 Honig oder 1/2 Butter u. 1/2 Käse 5.40
Frau Rosa Nagler (Verfasserin)
Kasse 286 (via Breslau). 4286

Von Samstag den 27. Oktober bis einschliesslich Samstag den 3. November.

Wir veranstalten diese Woche einen

Sonder-Verkauf

Waren aller Art zum Einheitspreis von

290

Mark

Artikeln in allen Abteilungen unseres Warenhauses. Es wird unserer werten Kundschaft hiermit etwas ganz **Ausserordentliches** geboten und bitten wir die Ausstellungen an den verschiedenen Lagern zu besichtigen.

Trotz der billigen Preise werden die Rabattbücher gestempelt.

Herm. Tietz.

N. Breitbarth Herbst- u. Winterpaletots

Karlsruhe, Ecke Kaiser- u. Herrenstr.

in grosser Auswahl

= Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins. =

von 14.00 Mark an bis zu den elegantesten.

Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund

Telephon 128

Seck & Co, Karlsruhe

Luisenstrasse 24

Broschüren
Rechnungen
Prospekte
Mittellungen
Kuperts
Mitglieds- und
Eintrittskarten
etc. etc.

Herstellung von Drucksachen jeder Art
in sauberer, moderner und preiswerter
Ausführung.

Visitenkarten
Verlobungs-
karten
Sozietts-
Einladungen
Trauerbriefe
Werke
etc. etc.

Prompte
Bedienung.

Billigste
Preise.

Geschäftseröffnung und Empfehlung.

Sonntag den 27. Oktober 1906, eröffne ich im Hause

Kronenstrasse 17a

neben dem Kaiserautomat ein

Herrenmodegeschäft

Hüte, Mützen, Wäsche, Cravatten, Stöcke,
Schirme, Unterwäsche

vom billigsten bis zum feinsten Genre.

Mein einziges Bestreben wird sein, meinen werten

Kundschaft nur gediegene Sachen zu äusserst billigen

Preisen zu verabsorgen.

Um geneigten Zuspruch bittet

Auguste David

17a Kronenstrasse 17a.

Grüner Hof Durlach.

Sonntag den 29. Oktober 1906

Großes humoristisches Konzert

Fröhlich - Stauch

mit nur selbstverfasstem Programm, n. a.: Der falsche Hauptmann von

Kaffenbüschung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Eintritt 20 Pfg.

Gesangverein „Bruderbund“

Karlsruhe.

Donnerstag den 1. November,

abends halb 9 Uhr, im Württem-
berger Hof

vierteljährliche

Generalversammlung.

Hierzu laden wir unsere Mitglieder

mit der Bitte ein, vollständig zu er-
scheinen.

Der Vorstand.

Z o s a m m e n s t e l l u n g :

15. Okt.: Elisabeth Johanna...

16. Okt.: Friedrich Karl...

17. Okt.: Maria Schardt...

18. Okt.: Wilhelm Kroneisen...

19. Okt.: Josef Straßberger...

20. Okt.: Rudolph...

21. Okt.: Hermann...

22. Okt.: August...

23. Okt.: Marie...

24. Okt.: Theodor...

25. Okt.: Orgelbauer...

26. Okt.: ...

27. Okt.: ...

28. Okt.: ...

29. Okt.: ...

30. Okt.: ...

31. Okt.: ...

1. Nov.: ...

Staubbuch-Ausgabe der

Geburten:

14. Okt.: Julie Karoline...

15. Okt.: Wilhelm...

16. Okt.: Elisabeth...

17. Okt.: ...

18. Okt.: ...

19. Okt.: ...

20. Okt.: ...

21. Okt.: ...

22. Okt.: ...

23. Okt.: ...

24. Okt.: ...

25. Okt.: ...

26. Okt.: ...

27. Okt.: ...

28. Okt.: ...

29. Okt.: ...

30. Okt.: ...

31. Okt.: ...

1. Nov.: ...

2. Nov.: ...

3. Nov.: ...

4. Nov.: ...

5. Nov.: ...

6. Nov.: ...

7. Nov.: ...

8. Nov.: ...

9. Nov.: ...

10. Nov.: ...

11. Nov.: ...

12. Nov.: ...

13. Nov.: ...

14. Nov.: ...

15. Nov.: ...

16. Nov.: ...

17. Nov.: ...

18. Nov.: ...

19. Nov.: ...

20. Nov.: ...